

„Lärmschutz ist ein Top-Thema der nächsten Jahre“

Der parlamentarische Staatssekretär im Verkehrsministerium Jan Mücke (FDP) über Stuttgart 21 und den Sinn von Umweltzonen

Er hat jetzt das Büro der Esslinger SPD-Abgeordneten Karin Roth und ihren Fahrer: der FDP-Bundestagsabgeordnete Jan Mücke aus Dresden ist seit Oktober 2009 parlamentarischer Staatssekretär im Verkehrsministerium. In Begleitung der Abgeordneten Judith Skudelny und des FDP-Landtagskandidaten Hosam el Miniawy besuchte Mücke unsere Redaktion.



VON BARBARA GOSSON

NÜRTINGEN. Für den 37-jährigen Mücke war es nicht der erste Besuch in der Region. Daher weiß er aus eigener Anschauung, wie viel Nachholbedarf in jenen Gegenden besteht, die nicht von den Sanierungsprogrammen im Zuge der deutschen Wiedervereinigung profitiert haben.

Ein Thema drängte sich im Gespräch mit dem Staatssekretär im Verkehrsministerium geradezu auf: Stuttgart 21 und seine Auswirkungen auf die Gemeinden im Verbreitungsgebiet. Die Schlichtungsgespräche hätten dazu beigetragen, die emotional geführte Debatte wieder auf eine Sachebene herunterzuholen. Die Kommunikation zwischen Bahn, Bund und Bürgern sei zuvor nur eingeschränkt gelungen. Mücke schließt daraus, dass bei künftigen Großprojekten noch vor dem ersten Schritt die Bürger beteiligt werden müssten. Gute Erfahrungen hat er in seinem Wahlkreis mit Abstimmungen über die Dresdner Waldschlösschenbrücke und die A 17 von Dresden nach Prag gemacht. „Man kann die Menschen auch bei diesen Großprojekten mitnehmen.“

Was Stuttgart 21 am Ende kostet, vermag Mücke nicht zu sagen. Der Stresstest, also eine aufwendige Computersimulation, steht noch aus und alle Änderungen, die sich durch den Schlichterspruch ergeben, sind auch noch nicht eingearbeitet. Der Bund habe seinen Beitrag ohnehin gedeckelt und plane nicht, ihn zu erhöhen.

Die 2,9 Milliarden Euro für die Strecke Wendlingen–Ulm seien gerechtfertigt, um die Bahn als Alternative zu Auto oder Flugzeug attraktiv zu machen. Selbstverständlich sei die Strecke wirtschaftlich, sonst dürfe sie gar nicht gebaut werden.

„Die Straßen hier in der Region sind ausgelastet und können kaum noch ausgebaut werden. Wir müssen deshalb den Verkehr auf die Schiene bringen. Ich verstehe gar nicht, wie man gegen ein solches Umweltprojekt sein kann“, sagt Skudelny an die Adresse der Grünen gewandt.

Eine Umweltfrage ist auch der Lärmschutz. Großes Interesse findet dieses Thema in Wendlingen, wo die Güterzüge von der bestehenden Neckartaltrasse auf die Neubaustrecke eingeschleift werden. An der Neubaustrecke muss die Bahn für Lärmschutz sorgen, wie es an der Bestandstrasse aussieht, steht noch nicht fest. Im Raum steht ein Versprechen, das Mückes Vorgängerin Karin Roth und Bahnvorstand Oliver Kraft im August 2009 gegeben haben. Erst nach dem Stresstest, so Mücke, könne man sagen, wie viele Züge fahren, wie viel Lärm entsteht und einen passenden Lärmschutz entwickeln. Mögliches Lenkungsinstrument ist ein Streckenpreissystem, das den durch die Züge entstehenden Lärm einbezieht und so einen finanziellen Anreiz zum Einbau von neuartigen Flüsterbremsen schafft, die demnächst Serienreife erreichen. „Lärmschutz wird eines der Top-Themen der kommenden Jahre sein“, prophezeit Mücke.

Lärm vermindern soll auch der Flüsterasphalt auf der B 313. Auf dem Streckenabschnitt zwischen Plochingen Dreieck und Wendlingen fehlt er noch. Hier sei die Frage, in welcher Form der leisere Belag auf die Brücken aufgebracht werden kann. Der Flüsterasphalt berge die Gefahr von Aquaplaning und Eisglätte, wenn das Wasser nicht gut abgeleitet wird. Hier seien eventuell Umbauarbeiten an der Brücke vonnöten, das werde derzeit geprüft.

■ Auch auf Ausweichstrecken soll Lkw-Maut eingeführt werden

Zur Lärminderung trüge auch bei, wenn nicht mehr so viele Lkws auf die Bundesstraßen

ausweichen, um sich vor der Maut zu drücken. Derzeit gebe es Pläne, die Maut auch auf vierspurige Bundesstraßen auszuweiten, außerdem können die Länder beantragen, beliebte Ausweichstrecken mautpflichtig zu machen, erklärt Mücke. Eine Pkw-Maut, so ein Machtwort von Bundeskanzlerin Angela Merkel, komme zumindest in dieser Legislaturperiode nicht in Frage.

Seit dem 1. März 2008 dürfen nur noch Fahrzeuge mit Umweltplakette nach Stuttgart hinein, andere Städte in der Region zogen nach. „Das ist grüne Symbolpolitik“, kommentiert Mücke. Die Grenzwerte seien willkürlich, der Nutzen zweifelhaft. Denn nicht nur Autoabgase erhöhen die Feinstaubwerte, auch die Belüftung oder Reifenabrieb spielen eine Rolle. Hier müsse genauer geforscht werden. In der EU werde das Thema Luftreinhaltung noch einmal überarbeitet. „Vielleicht gibt es in fünf Jahren keine Umweltzonen mehr“, mutmaßt Mücke.

Förderprämien für Elektromobilität, wie es sie in anderen europäischen Ländern gibt, sind für den FDP-Politiker nicht vorstellbar. „Warum sollten die einen mit ihren Steuergeldern die anderen dabei unterstützen, billiger an ein Auto zu kommen?“, fragt Skudelny. Die Regierung unterstütze die Entwicklung von Elektromobilität in acht Modellregionen, darunter Stuttgart, mit insgesamt 115 Millionen Euro. „Der Staat soll nicht vorgeben, welche Technologie das Rennen macht, sondern nur die Ziele vorgeben. Den Rest macht der Markt“, findet Skudelny.

Mücke freut sich, die baden-württembergische FDP bei ihrem Wahlkampf zu unterstützen. „Der Wahlabend wird erfreulicher sein, als viele heute denken.“ Der Staatssekretär ist überzeugt, dass Hosam el Miniawy den Wahlkreis Nürtingen in der nächsten Legislaturperiode im Landtag vertreten wird.

Hosam el Miniawy, Jan Mücke und Judith Skudelny machen sich Gedanken über den Verkehr in der Region. Foto: Sandrock

